

101.

B e r i c h t

der Finanzdeputation B der zweiten Kammer
über das Königliche Dekret Nr. 22, die Umgestaltung der Dresdner
Bahnhöfe betreffend.

Eingegangen am 13. Februar 1894.

(Dekr. Nr. 22, Landt.-Akt., Königl. Dekr. 3. Bd.
Mittheilungen der II. Kammer Nr. 31 S. 413 flg.)

Nachdem in Tit. 13 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für den Umbau der Bahnhöfe in Dresden und damit zusammenhängende Herstellungen als dritte Rate 20 000 000 *M* verlangt und dem Titel die Bemerkung beigelegt worden war, daß die nähere Begründung des eingestellten Betrags durch Königliches Dekret vorbehalten werde, hat man nicht nur in den Ständekammern, sondern im ganzen Lande mit größter Spannung den Mittheilungen entgegen gesehen, welche über den Umbau der Dresdner Bahnhöfe uns in Aussicht gestellt waren und welche uns nun in dem Allerhöchsten Dekrete Nr. 22 vom 15. Januar 1894 gemacht worden sind.

Darnach haben wir zu erwarten, daß, soweit es jetzt zu übersehen ist, der Umbau 18 641 000 *M* mehr als der genehmigte Voranschlag kosten wird und, obwohl die Königliche Staatsregierung einen Antrag auf Nachbewilligung dieser Summe heute noch nicht stellt und sich auf die ausführlichen und alle Kammermitglieder hinreichend orientirenden Darlegungen und Begründungen der Mehrkosten beschränkt, so ist die hohe Kammer, da die genehmigten 34 870 000 *M* mit der im außerordentlichen Staatshaushalts-Etat für 1894 geforderten dritten Rate von 20 000 000 *M* nahezu erschöpft sind, doch jetzt schon vor die Entschliebung gestellt, ob sie die heute schon zu übersehenden Mehrkosten der Bauten von 18 641 000 *M* bewilligen will.

Wenn man auch infolge der im außerordentlichen Staatshaushalts-Etat gemachten Bemerkung auf eine Ueberschreitung der im Allerhöchsten Dekrete Nr. 25 vom 28. Januar 1891 zum Umbau der Dresdner Bahnhöfe verlangten Summe von 34 870 000 *M* gefaßt war, so wurde doch jedermann durch die, diese Summe um 18 641 000 *M* übersteigenden Mehrkosten um so mehr überrascht, als die derzeitige wirthschaftliche Lage im Lande und im Reiche uns in unseren Mitteln, über die wir zu verfügen gewöhnt sind, wesentlich beschränkt und uns eine Sparsamkeit auferlegt, mit welcher sich unerwartete Mehrausgaben, wie die oben genannten, schwer vertragen.

Aus den Mittheilungen der Königlichen Staatsregierung ist zu ersehen, daß sie die Ueberschreitung der Voranschläge schwer empfunden und sich ernstlich die Frage vorgelegt hat, ob sie es verantworten dürfte, eine Verminderung der Ausgaben beziehentlich eine möglichste Einhaltung des ursprünglichen Kostenanschlages einer ausgiebigen, gründlichen und genügenden Herstellung des Umbaues vorzuziehen.

So sehr wir die Mehrausgabe, welche wir voraussehen, bedauern und uns die Frage vorlegen müssen, ob die Königliche Staatsregierung im Stande gewesen wäre, den Ständen